

Angst vor Inflation steigt

Preise Verbraucher rechnen mit steigenden Kosten vor allem in den Bereichen Lebensmittel, Energie und Mobilität.

Frankfurt/Bonn. Neun von zehn Menschen in Deutschland rechnen mit steigenden Lebenshaltungskosten in den kommenden Monaten. Auf deutlich steigende Preise stellt sich immerhin knapp ein Drittel (32,2 Prozent) der 2028 Erwachsenen ein, die das Marktforschungsinstitut YouGov im Auftrag der Postbank befragt hat. Auch viele Volkswirte rechnen damit, dass die Teuerungsrate in den nächsten Monaten in Folge deutlich gestiegener Preise für Öl und Gas anziehen wird. Wie stark, hänge von der Dauer des Iran-Krieges ab.

Je höher die Inflationsrate, umso weniger können sich die Menschen für einen Euro leisten. In der Postbank-Umfrage gibt bereits jetzt jeder Achte (12,8 Prozent) an, kaum noch die laufenden Kosten für das tägliche Leben aufbringen zu können. In Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 2500 Euro sagt dies sogar fast jeder vierte Befragte (23,5 Prozent).

Vor allem Preissteigerungen bei Lebensmitteln machen den Menschen zu schaffen. Gefragt nach ihrer aktuell größten finanziellen Belastung, nennen 69,4 Prozent der Teilnehmer diesen Bereich. Auch Energie (48,7 Prozent) und Mobilität (45,6 Prozent) zählen zu den Kostenblöcken, die die Menschen nennen. *dpa*

Osterhasen immer teurer

Schokolade Die Preise für Oster-Süßigkeiten sind kräftig gestiegen. Wieso?

Idstein/Kilchberg. Verbraucher stehen in diesen Tagen im Supermarkt vor einem Rätsel. Schokolade ist zuletzt teilweise wieder etwas günstiger geworden, die Preise für Osterhasen sind allerdings kräftig gestiegen. Das zeigt eine Auswertung der Vergleichsapp Smhaggle. Verglichen wurden Produkte der großen Marken Lindt, Milka, Kinder und Ferrero. Das Ergebnis: Die Preise sind je nach Größe und Marke 7 bis 29 Prozent höher als vor einem Jahr. Der wohl bekannteste Schokohase der Nation von Lindt beispielsweise legt in der 100-Gramm-Version im Vergleich zum März 2025 um 70 Cent (plus 16 Prozent) zu.

Die Rohkakaopreise an den Börsen sind zuletzt wieder deutlich gesunken, warum wurden die Schoko-Osterhasen trotzdem teurer? Hersteller Lindt & Sprüngli teilt mit, dass Kakao langfristig eingekauft werde, um eine uneingeschränkte Verfügbarkeit zu gewährleisten. „Daher wird es einige Zeit dauern, bis wir die Auswirkungen niedrigerer Kakaopreise spüren werden.“ *dpa*

Wegwerfspirale soll enden

Textilien Große Unternehmen müssen ab Sommer nachweisen, wie sie mit unverkaufter Ware und Retouren umgehen. Wie ein neues Siegel helfen soll. *Von Caroline Strang*

Auf dieser Homepage läuft die Zeit rückwärts. In einem Film würde so ein Countdown wahrscheinlich zeigen, wann die Bombe hochgeht. Hier wird es jedoch keine Explosion geben, sondern ein neues Gesetz, das ebenfalls Sprengkraft hat – wenn auch auf ganz andere Art und Weise: das Textilvernichtungsverbot. „Save Our Returns“ nennt sich der Dienstleister, auf dessen Internetseite die Tage, Stunden und Minuten heruntergezählt werden, bis das Verbot vom 1. Juli an für große Unternehmen gilt. Er will Herstellern und Händlern helfen, die neuen Regeln umzusetzen.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie bitter nötig die sind. Schätzungen zufolge werden in Europa jährlich vier bis neun Prozent der unverkauften Textilien vernichtet, wie der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) berichtet. Dadurch entstehen laut Berechnungen rund 5,6 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr.

Es geht aber nicht nur um Neuware, sondern auch um den Umgang mit Retouren. Laut Schätzungen werden jedes Jahr allein in Deutschland 25 Millionen zurückgesandte Artikel einfach entsorgt, darunter viele Textilien. Deutschland wird in diesem Zusammenhang von Branchenexperten auch etwas zynisch mit dem Titel „Retouren-Europameister“ bedacht.

Dass Neuware und Retouren einfach vernichtet werden, will die EU unterbinden. Der Europäische Rat fasst das Problem in der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte so zusammen: „Die Vernichtung unverkaufter Verbraucherprodukte wie Textilien und Schuhe durch Wirtschaftsteilnehmer wird zunehmend zu einem weitverbreiteten Umweltproblem in der gesamten Union, insbesondere aufgrund des raschen Anstiegs von Online-Verkäufen.“

Durch die Vernichtung gingen wertvolle wirtschaftliche Res-

ourcen verloren. Daher sei es im Interesse des Umweltschutzes erforderlich, dass ein Rahmen geschaffen werde, um die Vernichtung unverkaufter Produkte oder von Waren, die im Zuge des Widerrufsrechts zurückgesandt wurden – also Retouren – zu verhindern. Die Waren sollen deutlich länger im Kreislauf gehalten werden. Grundsätzlich sei das Ziel: „Bekleidung sollte ein höherer Wert beigemessen werden und sie sollte länger getragen und besser gepflegt werden, als es in der heutigen Fast-Fashion-Kultur der Fall ist.“

Die Verordnung bringt nun neben anderen Maßnahmen mit sich, dass Unternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz schon in wenigen Monaten nachweisen müssen, wie Retouren behandelt, weiterverwertet oder vermieden werden. Sie dürfen sie nicht mehr einfach vernichten. Hier will Ernst Lameyer, Gründer von „Save Our Returns“, ansetzen.

„Es ist schlicht ein falscher Gedanke, dass ein Artikel, der schon mal beim Kunden war und vielleicht aus der letzten Kollektion ist, stumpf vernichtet werden muss“, erklärt er im Gespräch. „Wir haben zehn Jahre lang als Retourendienstleister im Bürostuhlbereich gearbeitet und in diesem Zusammenhang festgestellt, dass es keinen Grund gibt, diese Waren wegzuerwerfen.“ Alles, was da zurückkomme, könne noch gebraucht werden, aus allem könne man noch Umsatz generieren. Aber das koste „Mühe, Arbeit und Aufwand“.

Schwierig sei dabei, dass es sich nicht um einen üblichen Logistikprozess handle. „Das heißt, ich stecke nicht den Artikel ins Lager und hole ihn raus, wenn er gekauft wird. Sondern ich muss mich mit dem Artikel beschäftigen, ihn prüfen, reparieren, arbeiten, und dann wieder A-, B- oder C-Ware schaffen“, erklärt er.

„Save Our Returns“ will Unternehmen bei diesem Prozess un-

Textilien sollen länger im Kreislauf gehalten werden. Foto: Ton Photographer4289/stock.adobe.com



Per Verordnung gibt es einige Ausnahmen.

530 Millionen Retourenpakete

Nahezu jedes vierte in Deutschland verschickte Paket wird retourniert. Das hat ein Forscherteam der Universität Bamberg ermittelt, das sich auf Retouren spezialisiert hat. Dabei entfallen mehr als 80 Prozent der retournierten Pakete und 90 Prozent der retournierten Artikel auf Mode. Die Forscher gehen von 530 Millionen Retourenpaketen im Jahr 2024 aus. Laut dem EHI Retail Institute sind die hauptsächlichen Gründe für eine Rücksendung laut Umfragen Qualitätsmängel, falsche Größe, Beschädigungen am Produkt sowie ungenaue Beschreibung oder Abweichungen von Produktbildern. Fast die Hälfte der Befragten gab „bewusste Doppelbestellung“ an.

terstützen – und nicht nur das. In Zusammenarbeit mit der Prüforganisation Dekra gibt es ein Siegel, das Unternehmen einen nachhaltigen Umgang mit den Retouren bescheinigt. Einige Unternehmen sind auf diesen Zug schon vor Jahren aufgesprungen, so wirbt Bergfreunde, ein Outdoor-Shop für Bergsport, Klettern und Trekking, mit dem Siegel. „Die Sensibilität der Kunden nimmt auch in diesem Bereich zu“, ist sich Lameyer sicher.

Wobei es auch ab Sommer nicht gänzlich verboten ist, Textilien zu vernichten. Denn in der Verordnung sind Ausnahmen festgehalten. So dürfen laut Zusammenfassung der IHK unter anderem gefährliche, rechtswidrige, beschädigte, verunreinigte oder nicht kosteneffizient reparierbare Artikel weiterhin vernichtet werden. Auch Artikel, die mindestens acht Wochen zur Spende angeboten, aber nicht angenommen wurden, können entsorgt werden.

Der BVSE sieht in diesen Ausnahmen erhebliche Risiken. Sie seien sehr weit gefasst und könnten das eigentliche Vernichtungsverbot faktisch unterlaufen, kritisiert Rechtsreferentin Xandra Hennemann. Insbesondere Ausnahmen aus technischen Gründen oder bei bestimmten Produktmerkmalen eröffneten die Möglichkeit, weiterhin große Mengen neuwertiger Textilien aus dem Kreislauf auszuschleusen und der Verbrennung zuzuführen.

Und es gibt noch einen weiteren Kritikpunkt, den der Verband Südwesttextil anführt: Besonders asiatische Onlineplattformen überschwemmen den Markt mit zumeist minderwertigen Produkten.

„Da es sich bei diesen Plattformen um reine Vermittler handelt und der asiatische Produzent nicht dem Geltungsbereich der europäischen Ökodesign-Verordnung unterliegt, läuft das Ziel des Vernichtungsverbots letztlich weitestgehend ins Leere“, kritisiert der Verband. *dpa*

Börsenparkett

Stabilisierung in der Karwoche?

Am deutschen Aktienmarkt dürfte sich weiterhin alles um den Iran-Krieg drehen. „Es bleibt dabei: Die Investoren werden weiter von den Nachrichten aus der Kriegsregion vor sich hergejagt“, kommentierte Chefmarktanalyst Andreas Lipkow vom Broker CMC Markets. Angesichts der Verlängerung des US-Ultimatums für den Iran bis zum 6. April könnte der Dax in der verkürzten Karwoche einen neuen Stabilisierungsversuch wagen.

Marktexperte Marcel Mußler schrieb mit Blick auf die jüngsten Kursverluste im Dax, dass Anleger Trump und seiner immer wieder versuchten Beruhigung der Märkte längst nicht mehr trauten. Seit Kriegsbeginn hat der deutsche Leitindex rund 3000 Punkte eingebüßt, im bisherigen Jahresverlauf steht mittlerweile ein Minus von etwa neun Prozent zu Buche.

Aus Sicht von Consorsbank-Chefmarktanalyst Jochen Stankl wäre der Bestfall für den Dax eine Stabilisierung bis zum nächsten Wochenende: „Die Anleger könnten sich darauf verständigen, zunächst bis nach Ostern abzuwarten, um dann zu entscheiden, ob sie wieder in Aktien einsteigen wollen oder nicht.“

Solange die Straße von Hormus faktisch blockiert ist, sorgen sich die Anleger vor allem um weiter anziehende Ölpreise. Hohe Energiekosten könnten die Wirtschaft bremsen und gleichzeitig die Inflation antreiben. „Höhere Inflationszahlen für März dürften nur ein Vorgeschmack dessen sein, was bei einem andauernden Iran- beziehungsweise Energiekrieg in den kommenden Wochen droht“, sagte Robert Greil, Chefstrategie der Privatbank Merck Finck. *dpa*

Gefahr für Demokratie

Bahnmisere Minister warnt vor steigendem Misstrauen der Bürger.

Berlin. Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder sieht im Zustand der Deutschen Bahn eine mögliche Gefahr für die Demokratie. „Das geht schon in eine demokratiegefährdende Richtung“, sagte der CDU-Politiker der Funke Mediengruppe auf eine entsprechende Frage. „Wir dürfen nicht einreißen lassen, dass die Menschen glauben, der Staat bekommt Probleme wie marode Brücken oder notorisch verspätete Züge nicht in den Griff. Wir müssen zeigen, dass wir handlungsfähig sind.“

Im vergangenen Jahr waren lediglich rund 60 Prozent der Fernzüge ohne größere Verzögerungen unterwegs. Mit Blick auf die überalterte und überlastete Infrastruktur stellt die neue Bahnchefin Evelyn Palla keine Verbesserung in Aussicht. In diesem Jahr soll die Pünktlichkeitsquote im Vergleich zu 2025 lediglich stabil bleiben. *dpa*

ZAHL DES TAGES

9

Prozent der deutschen Unternehmen stellen ihren Beschäftigten einer aktuellen Studie zufolge Wohnraum zur Verfügung. Gut ein Fünftel hilft Beschäftigten bei der Wohnungssuche, etwa organisatorisch oder finanziell. Das Engagement lohnt sich offenbar: Mehr als die Hälfte der Betriebe berichtet von positiven Effekten bei der Mitarbeitersuche und -bindung. *dpa*

Pendlerpauschale Ministerin Reiche für Erhöhung

Berlin. Angesichts der hohen Benzinpreise infolge des Iran-Kriegs dringt Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) auf eine rasche Erhöhung der Pendlerpauschale. „Ich habe selbst vorgeschlagen, dass wir uns mit dem Thema Pendlerpauschale beschäftigen und die Pendlerpauschale temporär anheben“, sagte Reiche der „Bild“-Zeitung vom Samstag. Einen konkreten Betrag nannte sie aber nicht. Aktuell liegt die Pauschale bei 38 Cent ab dem ersten Kilometer. *dpa*

DER VERBRAUCHERTIPP DIGITALE GELDANLAGE

Ausgewogene Anlagestrategie

Stichtag: 28.02.2026

Anbieter*	Wertentwicklung**			Servicegebühr pro Jahr	Mindestanlage in Euro**
	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre		
Bevestor	8,80%	20,50%	33,48%	0,60%	500
Easyfolio	7,41%	18,81%	31,38%	0,65%	100
Estably ¹⁾	0,86%	10,53%	29,10%	1,20%	20000
Fintego	8,29%	17,16%	30,36%	0,70%	2500
Growney	8,68%	21,61%	32,13%	0,68%	500
MorgenFund	7,55%	19,20%	33,18%	0,75%	400
Oskar	13,31%	27,77%	38,77%	0,80%	1000
Robin	10,24%	23,69%	33,56%	0,75%	500
Scalable	8,38%	21,49%	-	0,75%	1000
Smart Invest	13,79%	-	-	0,75%	20
Sravesto	10,34%	18,19%	28,76%	1,00%	1000
Visualvest	9,28%	21,62%	33,44%	0,60%	25
Whitebox	10,34%	24,69%	38,40%	0,95%	5000

* Gesamtleistung vor Servicegebühr und vor eventueller Gewinnbeteiligung
 ** Jahresgebühr bei einem Anlagebetrag von 12.000 Euro
 1) Mindestanlage höher als 10.000 Euro 2) Plus 10% Gewinnbeteiligung
 Angaben ohne Gewähr. Quelle: [bialjo.de](https://www.bialjo.de) Stand: 27.03.2026

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Thema: Persönliche Finanzen

KI Programmierer werden „ersetzt“

Berlin. Jobs wie Programmierer werden nach Ansicht von Digitalminister Karsten Wildberger durch Künstliche Intelligenz ersetzt und wegfallen. „Eine KI kann heute unglaublich gut programmieren“, sagte der CDU-Politiker der „Bild am Sonntag“. Viele Programmierjobs würde heute durch eine KI ergänzt und gegebenenfalls auch ersetzt. Unmittelbar betroffen seien auch Arbeitsplätze in Callcentern, da Chatbots zunehmend Anfragen übernehmen. *dpa*

Earth Hour 500 Gemeinden schalten Licht aus

Berlin. 506 Städte und Gemeinden in Deutschland haben sich der Umweltschutzorganisation WWF zufolge am Samstag an der Earth Hour beteiligt. Um 20.30 Uhr erloschen unter anderem die Lichter am Schloss Neuschwanstein, am Brandenburger Tor, am Erfurter Dom und am Schalke-Stadion. Rund um den Globus waren Millionen Menschen zum 20. Mal aufgefordert gewesen, für eine Stunde das Licht auszuschalten, um ein Zeichen für Klima- und Umweltschutz zu setzen. *afp*